

MANIFEST GEGEN DEN „KLIMA NOTSTAND“



GUE/NGL
European United Left / Nordic Green Left



GUE/NGL
European United Left • Nordic Green Left

EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
European Parliament,
B-1047 Brussels, Belgium
+32 (0)2 283 23 01

guengl-communications@europarl.europa.eu
www.guengl.eu

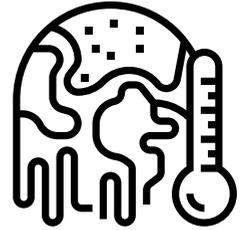
Icons made by Eucalypt from www.flaticon.com

April 2019

MANIFEST GEGEN DEN „KLIMA- NOTSTAND“

Wir haben nur einen Planeten. Lasst ihn uns retten! Sofort!

EINLEITUNG

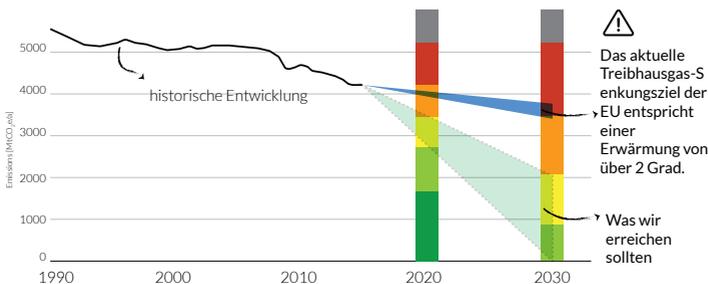


Der jüngste Bericht des IPCC vom Oktober 2018 ist für uns das Alarmzeichen, dass die Umweltzerstörung durch den menschengemachten Klimawandel gestoppt werden muss. Die Befunde dieses Berichts sind alarmierend: wenn wir unterhalb der globalen Erwärmung von 1,5-Grad bleiben wollen, brauchen wir schnelle, weitreichende und noch nie dagewesene Eingriffe noch vor dem Jahr 2030. Die Unfähigkeit der Regierungen, mit dieser menschengemachten Krise adäquat umzugehen, beeinträchtigt schon heute das Leben von Millionen Menschen, wobei die Schwächsten am härtesten getroffen werden. Die kurzsichtige Marktlogik hat eine adäquate Antwort der Politik viel zu lange verzögert. Wir brauchen einen nie dagewesenen politischen Willen, um ein ökologisch gerechtes Europa zu erreichen, das die volle Verantwortung für den Klimawandel übernimmt, und das das Klima nicht dem Profitstreben einiger Weniger opfert.

Klimaschutz hat absolute Priorität für die linke Fraktion GUE/NGL im Europaparlament. Dieser Kampf ist für uns kein alleinstehender Kampf; nein, er schließt auch den Kampf für Gute Arbeit, hohe Lebensstandards, Geschlechtergerechtigkeit und gegen Rassismus mit ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die die essentiellen natürlichen Lebensgrundlagen und *common goods* (Gemeinschaftsgüter) wie Wasser, Energie, Luft, eine saubere Umwelt und Gesundheit den Profitinteressen unterordnet. Wir kämpfen gegen Kapitalismus, seine neoliberalen Politiken und den Unternehmenszugriff auf Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft.

Wir müssen den „Panik-Knopf“ drücken, um den Klima-Notstand auszurufen. Wir müssen endlich handeln, denn es darf keine Zeit mehr verschwendet werden.

WARUM DIE EU BIS 2050 NETTO NULL-EMISSIONEN ERREICHEN MUSS





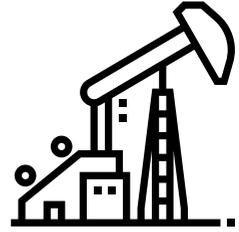
EINE RECHTSGRUNDLAGE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

Klimagerechtigkeit ist ein zentraler Punkt, wenn es um Klimaschutz geht, denn es muss sichergestellt werden, dass der Wandel fair abläuft und niemanden im Regen stehen lässt. Das Ringen um Klimaschutz ist eng mit den Kämpfen für die Einhaltung der Menschenrechte verknüpft. Klimagerechtigkeit benötigt eine Rechtsgrundlage und muss zu einem allgemeingültigen Grundwert erhoben werden - sowohl in der Rechtsordnung der EU als auch in jenen der Mitgliedstaaten. Nur dann kann bei Rechtsstreitigkeiten in Sachen Klimaschutz sichergestellt werden, dass unsere Klimaziele auch tatsächlich den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, und eben nicht nur politische Kompromisse darstellen. Nur dann können sämtliche Politiken, durch das „Prisma“ der Klimagerechtigkeit, auf starke und ambitionierte Klimaziele ausgerichtet werden.

**WIR MÜSSEN
DRINGEND
FOLGENDE
MASSNAHMEN
ERGREIFEN:**

- Klimagerechtigkeit muss Bestandteil der Rechtsordnungen sowohl auf EU-Ebene als auch auf mitgliedstaatlicher Ebene werden; wir müssen sicherstellen, dass sich Klimapolitik an den Prinzipien der Klimagerechtigkeit orientiert
- wir müssen sicherstellen, dass der „gerechte Übergang“ (just transition) das Herzstück der Klimaschutzpolitik bildet, dass Energiearmut bekämpft und das „Recht auf Energie“ garantiert wird; Politikansätze müssen gestoppt werden, die schutzbedürftige und marginalisierte Menschen belasten
- wir brauchen eine langfristige Vision und einen Fahrplan, die sicherstellen, dass die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) erreicht werden; diese Ziele für Nachhaltige Entwicklung müssen der Maßstab für alle gesetzgeberischen Tätigkeiten in anderen Politikfeldern sein; dabei muss anerkannt werden, dass die Klimaschutzziele mit sämtlichen Zielsetzungen für nachhaltige Entwicklung in Einklang stehen
- wir müssen den Menschen eine Stimme geben, insbesondere den jungen Menschen, die sich für Klimaschutz engagieren; ein besonderes Augenmerk muss auf Bildung im Bereich Klimaschutz gelegt werden
- Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung müssen den Ansprüchen von Geschlechtergerechtigkeit entsprechen
- die EU-Langfriststrategie für eine CO₂-neutrale Wirtschaft bis 2050 („Ein sauberer Planet für Alle. Eine europäische, strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft, COM(2018) 773 final) muss überarbeitet werden, damit Klimagerechtigkeit im Zentrum steht, 100 Prozent Erneuerbare angestrebt werden, und frühzeitige Maßnahmen für Klimaneutralität bis spätestens 2040 ergriffen werden

EIN ENDE FÜR FOSSILE ENERGIEN



Wir brauchen dringend ein konkretes Ausstiegsdatum für fossile Energieträger, um die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten. Wir setzen uns für das „Recht auf Energie“ ein, und das bedeutet für uns das Recht auf erneuerbare Energie, welches sich aus dem Menschenrecht auf eine sichere und bewohnbare Umwelt ableitet. Anstatt die politische Tagesordnung von den fossilen Energieträgern bestimmen zu lassen, brauchen wir eine klare Steuerung auf EU- und mitgliedstaatlicher Ebene. Unsere einzige Chance liegt in einem nachhaltigen, dezentralen und für alle zugänglichen Energieversorgungssystem, das Arbeitsplätze bereitstellt und unsere Energiesouveränität sichert. Wir können es uns schlicht nicht leisten, vor einer „erneuerbaren Zukunft“ zurückzuschrecken.

- die Klimaziele für 2030 müssen überarbeitet werden - wir brauchen eine Reduktion der Treibhausgase um 65 Prozent bis 2030 (im Vergleich zum Niveau von 1990); alle weiteren Klima- und Energieziele müssen ambitionierter ausfallen, um die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten
- wir brauchen ein Ausstiegsdatum aus den fossilen Energien bis 2030, ebenso einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft und den Biokraftstoffen der ersten Generation, einschließlich Palmöl und Soja; außerdem muss die fossile Brennstoff-Industrie von allen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden
- wir dürfen uns nicht auf falsche „Lösungen“ wie Gas und Atomkraft einlassen, stattdessen sollten wir das Potenzial von natürlichen CO₂-Senken nutzen; Geoengineering und technische Lösungen, wie bspw. die Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂, lehnen wir ab
- die Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen müssen in allen Sektoren der Wirtschaft zunehmen
- das Recht auf erneuerbare Energie muss festgeschrieben werden, damit die Energie, die für alle zugänglich und bezahlbar sein muss, nicht den Planeten schädigt

**WIR MÜSSEN
DRINGEND
FOLGENDE
MASSNAHMEN
ERGREIFEN:**



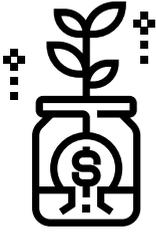
WIDERSTAND GEGEN DAS WACHSTUMSMODELL

Der globale Kapitalismus beruht auf stetigem Wachstum, und jegliches Wachstum beruht auf dem Verbrauch der begrenzten, natürlichen Ressourcen. Das Modell des unermüdlichen Wachstums müssen wir hinter uns lassen, auch wenn dies eine große Herausforderung darstellt und nach sofortigen Gegenmaßnahmen verlangt. Das bedeutet Regulierung, um eine nachhaltige Produktionsweise und neue Wirtschafts- und sozialpolitische Modelle zu implementieren. Wenn wir es zulassen, dass das Bruttoinlandsprodukt weiterhin der Indikator schlechthin für sozialen Fortschritt ist, dann verkennen wir das Ökosterben (ecocide), das durch unkontrolliertes Wachstum erzeugt wird. Im Pariser Klimaabkommen ist festgelegt: in allen Sektoren der Wirtschaft müssen die Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Dafür brauchen wir neue Produktionsmodelle, die vollends das Verursacherprinzip und die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft verinnerlichen, und den schädlichen Kräften des globalen Kapitalismus widerstehen.

**WIR STEHEN ZU DEM MENSCHENRECHT,
IN EINER SICHEREN UND BEWOHNBAREN
UMWELT LEBEN ZU KÖNNEN. UNSERE EINZIGE
CHANCE LIEGT IN EINEM NACHHALTIGEN,
DEZENTRALISIERTEN UND FÜR ALLE
ZUGÄNGLICHEN ENERGIESYSTEM.**

**WIR MÜSSEN
DRINGEND
FOLGENDE
MASSNAHMEN
ERGREIFEN:**

- eine europäische „grüne Regel“ muss umgesetzt werden: Umwelt und Klima müssen dem freien Markt vorgezogen werden; das Profitstreben muss beendet und die Funktionsweise unserer Gesellschaften an den planetaren Grenzen ausgerichtet werden
- schneller Umstieg auf nachhaltige Land- und Fischereiwirtschaft, mit kürzeren Wertschöpfungsketten, voller Umweltverträglichkeit und Ernährungssouveränität; das bedeutet, das vorherrschende agro-industrielle Modell aufzugeben, einschließlich der Patentierung von Leben, zugunsten von ökologischer und nachhaltiger landwirtschaftlicher Praxis, mit lokal verankerter Nahrungsmittelproduktion, die die genetische Vielfalt fördert
- die EU-Handelspolitik einschließlich sämtlicher handelspolitischer Maßnahmen muss umgebaut werden - dabei muss sichergestellt werden, dass sie sich in umwelt- und sozialpolitischer Hinsicht an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientieren. D.h. es gibt keinen Handel, wenn nicht auch das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und umgesetzt wird, einschließlich der Vorschriften zu Klima und Umwelt in den verschiedenen Handelsabkommen, und einer angemessenen Regulierung der Klimafolgeschäden von Importen und Exporten
- die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft müssen in sämtlichen Bereichen und Gesetzesvorhaben voll umgesetzt werden; lokal verankerter Konsum und Produktion müssen gefördert werden - basierend auf den Prinzipien „wiederverwenden, wiederverwerten, reparieren“, um den Geschäftsmodellen, die auf geplanter Obsoleszenz basieren, den Boden zu entziehen und den Konsum an die planetaren Grenzen anzupassen
- soziale Dienstleistungen bedürfen einer angemessenen Finanzierung; smarte und grüne Raum- und Stadtplanung sind das Gebote der Stunde; Erreichbarkeit, soziale Gerechtigkeit und Fairness in der Verteilung von sozialen Dienstleistungen müssen sichergestellt werden; der Verkehrssektor muss völlig neu aufgestellt werden und sich an Null-Emissionen im Öffentlichen Nahverkehr orientieren, der gratis für alle sein und aktive Mobilität fördern muss
- Artenvielfalt und CO₂-Senken müssen durch ausreichende finanzielle Ressourcen, den Erhalt und die Rekultivierung von Waldgebieten, Torfland, anderen Biotopen und durch den Schutz von einheimischen Arten geschützt und instandgesetzt werden; auf europäischer Ebene müssen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen für die europäischen Wälder eingeführt werden, um Schädlinge und Krankheitserreger in Schach zu halten, und Waldbränden vorzubeugen bzw. zu bekämpfen



DEN WANDEL STEUERN

Marktbasierte „Lösungen“, wie bspw. der Emissionshandel, sind von der Industrie vorangetrieben worden, um sie zur vorherrschenden Logik in der EU zu machen. Marktbasierte Ansätze sind naturgemäß nicht geeignet, um Treibhausgase zu reduzieren, und haben uns in den aktuellen Stillstand geführt. Sie kreieren einen größeren Spielraum für „kosteneffiziente“ Schein-Antworten auf den Klimawandel und entbinden die Regierungen ihrer Verantwortung, den raschen Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu vollziehen. Treibhausgas- Zertifikate räumen das „Recht auf Verschmutzung“ ein - dieses Konzept lehnen wir rundheraus ab. Schmutzige Industriezweige müssen direkt reguliert, und Erneuerbare massiv gefördert werden. Das Verursacherprinzip muss zur Anwendung kommen, denn die Kosten dürfen nicht auf Gesellschaft und Umwelt abgewälzt werden. Das bedeutet, dass sowohl Unternehmen, die von der Förderung und dem Verkauf von fossilen Energien leben, als auch andere umweltbelastende Industrien, zur Kasse gebeten werden. Natur, Artenvielfalt und ein bewohnbarer Planet sind keine Waren, und unterliegen keinem Kosten-Nutzen-Kalkül, denn ihr Wert ist in Geld gar nicht zu beziffern.

**NATUR, ARTENVIELFALT UND DER PLANET
SIND KEINE WAREN, DENN IHR WERT
KANN WEDER IN GELD BEZIFFERT,
NOCH IGNORIERT WERDEN.**

- die Liberalisierung des Energiesektors in der EU muss beendet werden; Energie muss als Gemeingut (common good) anerkannt und die Verstaatlichung des Energiesektors vorangetrieben werden; massive staatliche Investitionen in den öffentlichen erneuerbaren Energiesektor sind einzuplanen
- der Energiesektor muss demokratisiert und dezentralisiert werden; es muss sichergestellt werden, dass sich Bürgerenergieprojekte weiterverbreiten können
- alle marktbasierenden Klimaschutzpolitiken sind abzulehnen, denn hier handelt es sich um Verzögerungstaktiken; wir stehen für eine direkte Regulierung der Treibhausgasemissionen durch Festlegen und Überwachen von gesetzlich bindenden Treibhausgasemissions-Reduktionszielen für jeden einzelnen Sektor
- stopp der Reformen des gescheiterten marktbasierenden Emissionshandels - dieses System muss sofort abgeschafft werden
- verbindliche Regulierung von Treibhausgasemissionen aus dem Schiffs- und Flugverkehr - Ausgleichsmechanismen wie CORSIA dürfen nicht als Klimaschutzmaßnahme deklariert werden; für den Schiffs- und Flugverkehr müssen Senkungsziele für Treibhausgas und Emissionsstandards festgelegt werden; für beide Sektoren müssen sowohl öffentliche Investitionen in alternative Brennstoffe als auch eine angemessene Besteuerung sichergestellt werden
- die Mitgliedstaaten müssen ihre Steuersysteme „vergrünen“, indem sie sicherstellen, dass anstelle der Allgemeinheit die großen Verschmutzer ihren Anteil zahlen; die Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass Investoren strikte Nachhaltigkeitskriterien und soziale Kriterien einhalten

**WIR MÜSSEN
DRINGEND
FOLGENDE
MASSNAHMEN
ERGREIFEN:**



INVESTITIONEN, KEINE AUSTERITÄT

Klimaschutz erfordert Investitionen der öffentlichen Hand und keine Kürzungspolitik. Wir lehnen die neoliberale Vorstellung ab, nach der Klimaschutz von einzelnen Menschen abhängt; die Verantwortung liegt ganz klar bei Jenen, die Regierungsverantwortung tragen und mit gesetzgeberischer Kompetenz ausgestattet sind - sie müssen mit öffentlichen Investitionen vorangehen und sicherstellen, dass der Privatsektor nur nachhaltige Investitionsentscheidungen trifft. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass die Belastungen und der Nutzen aus Klimaschutzmaßnahmen fair verteilt werden. Die Menschen dürfen nicht die Kosten zum Vorteil der großen Verschmutzer aufgehalst bekommen. Ambitionierter Klimaschutz heißt, einen „gerechten Übergang“ (just transition) zu schaffen, der sicherstellt, dass keine der betroffenen Regionen ins Hintertreffen gerät. Wir müssen massive finanzielle Ressourcen aufbringen, um den „grünen Übergang“ sowie seine direkten und indirekten Auswirkungen zu bewältigen.

**WIR MÜSSEN
DRINGEND
FOLGENDE
MASSNAHMEN
ERGREIFEN:**

- einen Fonds für den „gerechten Übergang“ (Just Transition Fund) einrichten und sicherstellen, dass in besonders betroffenen Regionen Gute Arbeit und „grüne“ bzw. nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden; es muss sichergestellt werden, dass keine Region bzw. Gemeinschaft überproportional unter dem Wandel hin zu einem sauberen Planeten leidet
- die Ausgabenpolitik muss überarbeitet werden; dabei ist zu berücksichtigen, wie groß das „ökologische Defizit“ ist, das wir schaffen; wir müssen einen Grünen Investitionsplan (Green Investment Plan) ins Leben rufen
- sämtliche direkten und indirekten Subventionen für die fossile Energie-Industrie müssen gestoppt werden, einschließlich des „quantitative easing“ der Europäischen Zentralbank
- öffentlich finanzierte Forschung und Entwicklung im Bereich der umweltfreundlichen, CO₂-einsparenden Technologien, und entsprechende Anreizsysteme sind notwendig

AMBITIONIERTES HANDELN AUF GLOBALER EBENE



Klimaschutz muss auch auf globaler Ebene passieren: als ambitionierte, abgestimmte und globale Antwort auf die Herausforderungen. Jene, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden am stärksten unter seinen Auswirkungen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihrer historischen Verantwortung bei der Verursachung von Treibhausgasemissionen gerecht werden, und ihre finanziellen und technologischen Ressourcen entsprechend einsetzen. Wir müssen mehr tun - spätestens 2040 muss CO₂- Neutralität erreicht sein, bei gleichzeitiger Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. Auf internationaler Ebene muss Klimagerechtigkeit auf den Prinzipien der Partnerschaft und internationalen Solidarität beruhen. Die europäische Kommission und der Rat der EU verhandeln über Klimafragen im Auftrag aller EU-Mitgliedstaaten, jedoch sind es die Mitgliedstaaten, die sich hier aktiver einbringen und für die Prinzipien der Klimagerechtigkeit plädieren müssen.

KLIMAGERECHTIGKEIT MUSS AUF INTERNATIONALER EBENE AUF DEM PARTNERSCHAFTSPRINZIP UND SOLIDARITÄT BERUHEN.

**WIR MÜSSEN
DRINGEND
FOLGENDE
MASSNAHMEN
ERGREIFEN:**

- wir müssen die Verantwortung für unseren historischen Anteil an der Klimaerwärmung übernehmen; die Klimaschuld ist auszugleichen, indem den gefährdetsten Ländern
- ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich an die globale Erwärmung anpassen und die steigenden Meeresspiegel bewältigen können
- wir müssen unseren ökologischen Fußabdruck verringern, um den Schutz unserer Ozeane und Wälder zu gewährleisten; es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Lungen unserer Erde zu schützen bzw. wiederherzustellen
- Wir fordern eine gesetzmäßige, allgemein gültige Definition von „Klimaflüchtlingen“, sichere und legale Wege in die EU und dass das Recht auf Asyl in jedem Mitgliedstaat respektiert wird. Wir fordern eine gesetzmäßige und allgemein gültige Definition von „durch den Klimawandel intern vertriebene Menschen“, wobei sichergestellt sein muss, dass unsere Außenpolitik die Rechte dieser Menschen wahrt
- es müssen angemessene finanzielle Ressourcen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens bereitgestellt werden; es muss klar sein, dass Zuschüsse gegenüber Krediten zu bevorzugen sind; der „Green Fund“ muss auf 100 Milliarden Euro aufgestockt werden
- sowohl die Entwicklungs- als auch die Handelspolitik müssen sich an Klimazielen orientieren; ein Finanzierungsmechanismus im Rahmen von „Loss and Damage“ (Verlust und Schaden) muss bereitgestellt werden
- wir setzen uns für eine internationale Konvention zu fossilen Brennstoffen ein, die darauf abzielt, fossile Brennstoffe im Boden zu belassen (keep them in the ground)
- sowohl die Europäische Union als auch die Mitgliedstaaten müssen verpflichtet werden, sich auf internationalen Klimakonferenzen ambitionierte Ziele zu setzen, eine aktivere Rolle im Rahmen der jährlichen Gipfeltreffen zu spielen, und auf die Schlussfolgerungen der COP einzuwirken; die Mitgliedstaaten und die EU müssen im Rahmen der Klimadiplomatie andere internationale Player zu mehr Anstrengungen bei der Dekarbonisierung ansprechen

GEMEINSAM BEKÄMPFEN WIR DEN KLIMAWANDEL



Als einer der reichsten Kontinente und einer der Hauptverursacher des Klimawandels hat Europa die Pflicht, rasch eine Senkung der Treibhausgasemissionen sicherzustellen. Es ist zwingend notwendig, gerechte und nachhaltige Strukturreformen in unserer Gesellschaft vorzunehmen - immer mit der historischen Verantwortung der reichen, großen Verschmutzer im Hinterkopf. Den Kapitalismus nur etwas „grüner“ zu machen, wird nicht zum Stopp des Klimawandels führen, es wird nur den Klimaschutz weiter verzögern. Bislang haben die schmutzigen Industrien unsere Klimapolitik beeinflusst. Jetzt muss unsere Klimaschutzpolitik den Menschen gegenüber verantwortlich sein, jedoch nicht gegenüber jenen, die Verwirrung in Bezug auf den Klimawandel stiften. Die Menschen und der Erhalt der Umwelt kommen vor den Profiten. Wenn wir nicht jetzt einen radikalen Systemwechsel vornehmen, dann wird die Kommerzialisierung der Erde weiterhin den multinationalen Unternehmen in die Hände spielen. Dies setzt sowohl unseren Planeten als auch uns selbst inakzeptablen Risiken aus. Wir müssen uns dringend der Verantwortung stellen, die Klimakrise abzuwenden und die Erde für die zukünftigen Generationen zu erhalten. Die einzig wirkungsvolle Antwort ist, die Krise als einen Klima-Notstand zu begreifen. Gemeinsam können wir das System ändern, um das Klima zu retten.



**DEN KAPITALISMUS ETWAS
GRÜNER ZU MACHEN, WIRD
DEN KLIMAWANDEL NICHT
AUFHALTEN. ES WIRD NUR
DEN KLIMASCHUTZ WEITER
VERZÖGERN. DIE MENSCHEN
UND UMWELTSCHUTZ MÜSSEN
VOR DEN PROFITEN KOMMEN.**

Die linke Fraktion im Europaparlament

Wir sind 52 Abgeordnete die für Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung, Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, Gleichstellung der Geschlechter und Demokratie kämpfen.

EIN ANDERES EUROPA IST MÖGLICH!

www.guengl.eu

